



Weiss (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Es ist völlig legitim, Einfluß auf die Politik zu nehmen“

„Die Kriminalisierung ist unangemessen“

Der Unternehmer Heinrich Weiss über Flick und das Verhältnis von Wirtschaft und Politik

SPIEGEL: Herr Weiss, Sie haben nach der Wende in Bonn den Vorsitz im CDU-Wirtschaftsrat übernommen. Damit haben Sie sich in jenen Bereich zwischen Politik und Wirtschaft begeben, der durch die Flick-Affäre ins Zwielicht geraten ist. Bereuen Sie heute diesen Schritt?

WEISS: Die sogenannte Flick-Affäre birgt die Gefahr in sich, daß sich Politik und Wirtschaft entfremden. Das wäre fatal, weil beide Bereiche aufeinander angewiesen sind. Aus diesem Grund ist es im Augenblick besonders wichtig, daß Politik und Wirtschaft in einem normalen Gespräch bleiben und daß sich Unternehmer politisch engagieren.

SPIEGEL: Herr von Brauchitsch hat eine solche Entfremdung auf sehr eigenwillige Art und Weise zu verhindern versucht.

WEISS: Wenn die Notizen des Herrn von Brauchitsch authentisch sind – was ich mal annehmen will –, dann muß ich sagen: Solche Äußerungen über Politik und Politiker entsprechen sicher nicht dem normalen Ton in der Industrie.

SPIEGEL: Betrifft das nur den Ton? War da nur einer, der den Fehler gemacht hat, in einer Sprache, die Ihnen vielleicht mißfällt, alles aufzuschreiben?

WEISS: Nein, nein. Das ist sehr viel weitergehend. Es ist nicht nur so, daß der Ton ein anderer ist. Auch in der

Sache ist der Umgang zwischen der Wirtschaft und der Politik ein ganz anderer. Die Fülle der persönlichen Beziehungen, die Herr von Brauchitsch zu den verschiedenen Politikern gehabt hat, ist wohl einmalig. Das gilt auch für die Intensität dieser Beziehungen. Ich kenne keinen Industriellen, der, wenn er in erster Linie sein Unternehmen führt, überhaupt Zeit dafür hätte, solch intensive Kontakte zu den verschiedensten Politikern zu unterhalten.

SPIEGEL: Sie legen keine persönlichen Akten über Politiker an?

WEISS: Ich schreibe sowieso nur das in die Akten, was unbedingt notwendig ist. Denn dieses Diktieren von Aktennotizen kostet ja auch Zeit. Nun ist das Haus Flick schon immer – das gilt auch für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg – dafür bekannt gewesen, daß dort sehr viele Aktennotizen geschrieben werden. Das ist keine Erfindung von Herrn von Brauchitsch.

SPIEGEL: Ihr Vater war ein Neffe vom alten Flick. Wissen Sie das von ihm?

WEISS: Das ist richtig. Mein Vater hat als junger Mann einige Zeit für Flick gearbeitet. Und in einem so weitläufigen Konzern wurde eben vieles schriftlich mitgeteilt.

SPIEGEL: Gibt es für Sie Grenzen, an denen der Versuch der Wirtschaft oder einzelner Unternehmer, auf die Politik Einfluß zu nehmen, enden muß?

WEISS: In einer Demokratie ist es völlig legitim, wenn alle gesellschaftli-

Heinrich Weiss

ist Vorstandsvorsitzender der SMS Schloemann-Siemag AG, eines weltweit operierenden Großanlagenbauers. Der Konzern, mit 7000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von rund 1,3 Milliarden Mark, ging 1972 aus der Fusion der Schloemann AG, eines Tochterunternehmens des Maschinenbaukonzerns Gutehoffnungshütte (GHH), und der Siegener Maschinenbau GmbH Siemag hervor. Heinrich Weiss, 42, ist der Urenkel des Firmengründers. Bereits 1967, als 25jähriger, übernahm Diplom-Ingenieur Weiss eine der Tochtergesellschaften, die Siemag-Maschinenbau. Vier Jahre später trat er die Nachfolge seines Vaters an der Spitze des Gesamtunternehmens an. Die Fusion mit der GHH-Tochter öffnete dem Familienunternehmen weltweit neue Märkte für Großanlagen im Stahlbereich. Den Unternehmer Weiss zieht es in die Politik. Nach einem vergeblichen Versuch, 1983 für die CDU in den Bundestag einzuziehen, übernahm Weiss den Vorsitz im Wirtschaftsrat der CDU. Der Wirtschaftsrat ist ein von der Partei organisatorisch unabhängiger Unternehmerverband.

* Mit Redakteuren Klaus Wirtgen und Heiko Martens.

chen Gruppen versuchen, in ihrem Sinne Einfluß auf die Politik zu nehmen. Entscheidend ist nur, daß alle gesellschaftlichen Gruppen einigermaßen repräsentativ vertreten sind. Bisher war die Wirtschaft eher untergewichtig vertreten. In den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren haben sich ja kaum Unternehmer bereit gefunden, in der Politik mitzuarbeiten, dafür aber um so mehr Vertreter des öffentlichen Dienstes und der Gewerkschaften . . .

SPIEGEL: . . . haben die Unternehmer vielleicht geglaubt, es reiche, wenn sie sich mit Geld engagieren?

WEISS: Das reicht eben nicht. Man muß sich persönlich engagieren. Was die Frage nach der Grenze angeht: Ich ziehe sie dort, wo versucht wird, konkrete politische Entscheidungen zugunsten der eigenen Person oder des eigenen Unternehmens herbeizuführen.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

WEISS: Am auffälligsten ist dieser Konflikt im kommunalen Bereich. Dort sitzen gelegentlich Architekten oder Bauträger im Gemeinderat, vielleicht sogar im Bauausschuß. Sie entscheiden mit, welche Grundstücke baureif gemacht werden. Das kann unzulässige Interessenwahrung sein. Oder denken Sie an die Verflechtungen zwischen der Neuen Heimat und der Politik?

SPIEGEL: Sind nicht gerade Sie als Anlagenbauer, der Walzwerke in den Ostblock, nach China und sonstwohin verkauft, besonders auf politische Wegbereiter angewiesen?

WEISS: Unsere Konkurrenzfähigkeit hängt ausschließlich von unseren Kosten, unserer Technik und unserem Service ab. Zwischen dem Geschäft, das wir betreiben, und meinen politischen Tätigkeiten gibt es überhaupt keine Überschneidungen.

SPIEGEL: Welche Einflußnahme gestehen Sie denn beispielsweise einem Betrieb zu, der Rüstungsgüter exportiert und dafür Exportgenehmigungen braucht? Da hängt das Geschäft sichtbar von einer politischen Entscheidung ab.

WEISS: Auch hier gilt, daß das zuständige Ministerium seine Entscheidungen nicht danach treffen wird, ob die persönlichen Beziehungen zum Rüstungsexporteur gut sind. Ich gehe eigentlich davon aus, daß zwischen dem Amtsträger und der Leitung des Rüstungsunternehmens eine gewisse persönliche Distanz bestehen sollte. Es sollte in solchen Fällen keine Kumpelei geben.

SPIEGEL: Sie sagen mit Recht: sollte. Muß es nicht auffallen, wenn auf den Spendenlisten Rüstungsfirmen besonders häufig auftauchen?

WEISS: Es ist nun einmal Grundlage unseres Parteiensystems, daß sich die Parteien auch aus Spenden finanzieren. Dazu gehört, daß Wirtschaftsunternehmen aus ihrer staatsbürgerlichen Verantwortung heraus Spenden geben. Dabei sind natürlich alle Wirtschaftsunterneh-

LOCTITE®

„Worüber gehen nicht mal mehr die Meinungen auseinander?“

Über LOCTITE

Auf dem Gebiet der Spezialkleber in der Industrie ist LOCTITE weltweit die Nummer 1.

Wenn sich Fachleute schon so einig sind, was glauben Sie, wie fest Sie sich auf LOCTITE Qualität verlassen können!

Mit LOCTITE kleben Sie Metalle, Kunststoffe, Glas, Keramik, Stein, Holz, Gummi und was sonst noch alles wirklich halten soll.

Was Loctite verspricht, das hält

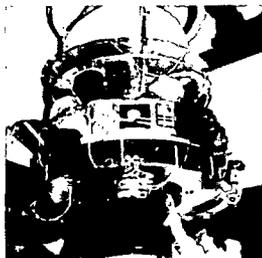
LOCTITE DEUTSCHLAND GMBH, MÜNCHEN

GHH – im Dienste der Weltwirtschaft

- Vielseitiges Produkt- und Leistungsprogramm
- Serien-Erzeugnisse auf hohem konstruktiven Niveau
- Anspruchsvolle Einzelfertigung
- Flexible Systemlösungen im Anlagenbau



MTU-Dieselmotoren



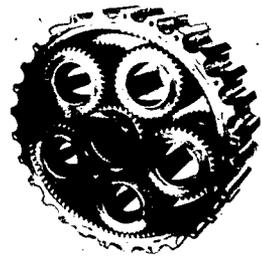
M.A.N.-Motoren für Satelliten.



M.A.N.-Nutzfahrzeuge



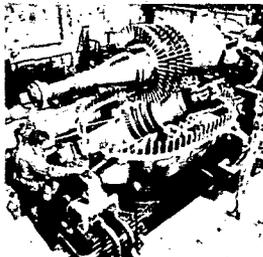
M.A.N.-ROLAND-Druckmaschinen



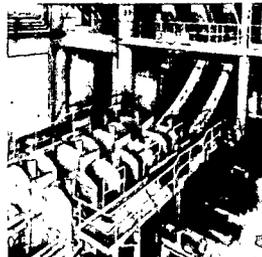
RENK-Planetengeräte



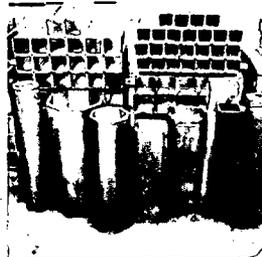
FERROSTAAL-Stahlwerke



GHH-Kompressoren



SMS-Stranggießanlagen



kabelmetal-Stranggießkollern

Die GHH-Gruppe im Dienste der Weltwirtschaft:

- als Partner für Beratung, Planung, Engineering, Lieferung, Montage und Inbetriebnahme
- als Partner für Finanzierung, Ausbildung von Fachkräften und Maßnahmen des Marketing.



GHH-GRUPPE

Maschinen · Anlagen · Systeme

Lieferungen und Dienstleistungen für:

- Grundstoff- und Produktionsgütererzeugung
- Energiewirtschaft
- Transport und Verkehr
- Kommunikations-Technik
- Chemie und Verfahrenstechnik
- Bauwirtschaft
- Weiterverarbeitende Industrie

Gutehoffnungshütte Aktienverein
4200 Oberhausen 1

men – auch Rüstungsunternehmen – vertreten. Es gibt ja auch andere als Rüstungsfirmen, die am Wohlwollen der Regierung interessiert sein könnten. Wenn all diese Firmen von dem Spenden-Geben ausgeschlossen sein sollten, blieben nicht mehr viele übrig. Es kommt also mehr darauf an, daß die Spenden, die an die Parteien gehen, als etwas Normales betrachtet werden. Und es muß klar sein, daß in keiner Form ein Anspruch auf bevorzugte Behandlung besteht.

SPIEGEL: Normal? Ist es erforderlich, daß der Bereich, der über die größten finanziellen Möglichkeiten in dieser Gesellschaft verfügt, nämlich die Wirt-

„Jeder Spender hat einen Vermögensverlust“

schaft, mit so großen Geldbeträgen in die Parteien hineinarbeitet? Kann die Funktionsfähigkeit der Parteien, wie sie im Grundgesetz gewünscht wird, nicht auch mit weniger Geld – vielleicht sogar ohne Spenden – gewährleistet werden?

WEISS: Die Diskussion ist schon in Gang gekommen. Die Parteien sagen: Wir wollen billiger arbeiten. Wir wollen unsere Wahlkämpfe nicht mehr so aufwendig gestalten, damit wir nicht mehr in dem Umfang von Spenden abhängig sind . . .

SPIEGEL: . . . die Parteien waren bisher offenbar ziemlich schlecht gemaagt.

WEISS: Gute Politiker müssen nicht immer gute Kaufleute sein.

SPIEGEL: Aber muß es so weit kommen, daß eine Partei wie die FDP vor der Wahl steht, irgendeinen großen Spender zu finden oder aber den Offenbarungseid zu leisten?

WEISS: Ich gestehe Ihnen zu: Wenn man in eine solche Situation kommt, drängt sich natürlich der Verdacht der Abhängigkeit auf. Es ist ja mit Bedacht so eingerichtet, daß Großspenden veröffentlicht werden müssen.

SPIEGEL: Wäre Ihnen wohlher, wenn die Parteien ohne Spenden aus der Wirtschaft auskämen?

WEISS: Es ist vernünftig, daß es eine Mischfinanzierung gibt: aus Mitgliedsbeiträgen, aus staatlichen Budgets und eben auch aus Spenden. Das macht die Parteien einigermaßen unabhängig. Wenn sie Spenden ablehnen, bedeutet das, daß sie die Mitgliedsbeiträge erhöhen müssen. Das werden sie nicht schaffen; dann treten die Mitglieder aus, weil sie das nicht bezahlen können oder wollen. Oder die Parteien bekommen vom Staat noch mehr Zuwendungen. Dann aber gibt es eine zu starke Bindung an den Staat. Die Parteien sollen ja gerade gegenüber der Exekutive unabhängig sein.

SPIEGEL: Wenn Sie sich eine auf eine bestimmte Klientel ausgerichtete

Partei wie die FDP ansehen, ist es dann ein Zufall, daß in dem Nach-Wendejahr 1983 – als die Diskussion um die Spenden-Affäre Flick und um den FDP-Wirtschaftsminister Lambsdorff schon in vollem Gang war – an die FDP mehr Spenden gegangen sind als in zehn Jahren zuvor?

WEISS: Gerade während und nach der Bonner Wende haben viele Bürger die FDP unterstützt, weil sie für die CDU ein notwendiger Koalitionspartner ist und weil diese Bürger eben keine SPD-geführte Regierung mehr haben wollten. Deshalb haben auch viele Wirtschaftsunternehmen CDU und FDP gleichmäßig geholfen.

SPIEGEL: Wenn schon Spender Ihrer Meinung nach nötig sind: Warum dann nicht alles in einen Topf und nach vereinbarten Kriterien an alle Parteien verteilen?

WEISS: Dann ist das natürlich keine Spende mehr. Der Bürger wird das eher wie eine zusätzliche Steuer empfinden, weil er damit seine politische Vorliebe nicht zum Ausdruck bringen kann.

SPIEGEL: Der Steuerzahler empfindet es als zusätzliche Steuer, wenn der Spender seine Spende steuerlich geltend macht. Von den 29 Millionen Mark, die zum Beispiel die Deutsche Bank seit den fünfziger Jahren gespendet hat, stammen immerhin rund 17 Millionen Mark aus nicht gezahlten Steuern.

WEISS: Wenn die Parteien alternativ voll aus dem Staatsbudget finanziert würden, wäre dies eine hundertprozentige Belastung aller Bürger. So haben wir eine sechzigprozentige Belastung. Und eines wollen wir doch auch festhalten: Es



Frankfurter Rundschau

wird oft so dargestellt, als wenn ein Spender noch Gewinn mache, weil er eine Steuergutschrift bekommt. Jeder Spender – ob er nun von der Steuer absetzt oder nicht – hat einen Vermögensverlust.

SPIEGEL: CDU-Generalsekretär Geißler hat kürzlich behauptet, es passe in das Weltbild von Klein Moritz, anzunehmen, daß durch eine Spende der Willensbildungsprozeß einer Partei beeinflusst werden könnte. Wenn Geißler recht hat, dann werfen deutsche Unternehmer das Geld zum Fenster hinaus.

WEISS: Geißler meint mit Recht, es wäre naiv zu glauben, daß mit einer Spende eine ganze Partei in eine bestimmte Richtung gebracht werden könne. Das gilt auch für eine Einzelentscheidung zugunsten eines Unternehmers oder einer Branche.

SPIEGEL: Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Rolf Rodenstock, hat kürzlich erklärt, daß die Leitlinie unternehmerischer Überlegungen für die Vergabe von Spenden die Wahrung und Festigung der sozialen Marktwirtschaft sei. Ist es das?

WEISS: Spenden bedeutet, jene Parteien zu stärken, die sich dem freiheitlich-demokratischen System – und damit auch der sozialen Marktwirtschaft – verschrieben haben, welches für alle Bürger das nachweislich freieste und auch materiell beste System ist.

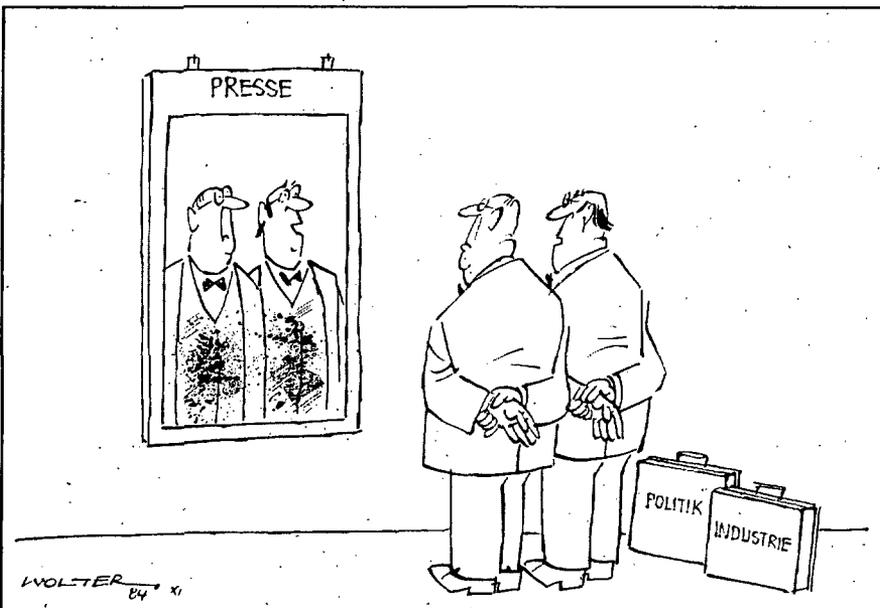
SPIEGEL: Die zwölf Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank haben in einer gemeinsamen Erklärung die Spenden ihres Instituts ebenfalls mit ihrer „Verpflichtung für das Allgemeinwohl“ begründet. Von woher – außer von der Bilanzsumme – leiten die Bankiers ihren Anspruch ab zu beurteilen, welche der Parteien für das Gemeinwohl stehen und, wie es heißt, zu den „staatstragenden politischen Parteien“ zählen? Gehören die Grünen dazu?

WEISS: Bisher offensichtlich nicht, wenn man die Spendeneingänge sieht. Dies ist eine schwierige Frage. Ich kann nur sagen, daß die großen Aktiengesellschaften nicht nur die bürgerlichen Parteien bedacht haben. Es wurde auch an die SPD gegeben. Das ist die Entscheidung jedes Vorstands.

SPIEGEL: Staatstragend ist jede Partei, die Spenden großer Unternehmen kassiert?

WEISS: Das ist ein gefährlicher Schluß. Nein. Staatstragend sind die Parteien, die sich zum Wohle der Bürger, der Gesellschaft und unseres freiheitlichen Systems einsetzen. Das kann man von den Grünen bisher noch nicht behaupten.

SPIEGEL: Das freiheitlich-demokratische System, das für die Bundesrepu-



„Kohl und Geißler haben recht: Eine bössartige Kampagne von diesem Spiegel“

blik in Anspruch genommen wird, hat zustande gebracht, daß in nahezu allen Parlamenten heute eine Partei wie die Grünen vertreten ist. Das ist das Ergebnis eines Wahlprozesses, der integraler Bestandteil der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung ist. Trotzdem sind die Grünen nicht staatsragend?

WEISS: Die Art, wie die Grünen heute Politik machen, ist so unreif, daß man sie nicht als staatstragend einordnen kann. Oder sollte man etwa eine Partei als staatstragend bezeichnen, die Fundamentalopposition betreibt?

SPIEGEL: Staatstragend ist, wer meinen Interessen dient?

WEISS: Staatstragend ist, was Bestand und Zukunft unserer Ordnung dient.

SPIEGEL: Zur sozialen Marktwirtschaft gehören sozialer Ausgleich, Chancen- und Wettbewerbsgleichheit. Gibt nicht die Offenlegung der Flick-Spenden-Millionen zu der Sorge Anlaß, daß die in der Wirtschaft konzentrierte Finanzkraft in der Lage sein könnte, die Balance zu stören? Hat nicht der Sozialdemokrat und ehemalige Justizminister Jürgen Schmude recht, der kürzlich gefragt hat, ob nicht vielleicht der besser dasteht, der gleich noch einen dicken Umschlag mit Geld auf den Tisch legt?

WEISS: Ich bin ganz sicher, daß gegenwärtig in großen Teilen der Bevölkerung die Sorge besteht, daß das sogenannte große Geld die Politik übermäßig beeinflußt. Aber wir müssen überlegen, woher das gekommen ist. Es gibt einen singulären Fall. Und der ist so veröffentlicht worden, als ob er typisch wäre für die Großindustrie. Das ist ja nun ein ganz großer Irrtum.

Zweitens ist es so, daß die Medien, die all diese Dinge besonders spektakulär veröffentlicht haben – dazu gehört ja auch Ihr Magazin –, das alles so darstellen, als ob nur CDU und FDP diese Spenden bekommen hätten. Das ist auch falsch. Die SPD ist genauso betroffen.

SPIEGEL: Warum wehren sich Unternehmer so sehr dagegen – auch Sie –, ihr Interesse an der Politik konkreter zu benennen? Warum verschanzen sie sich hinter nebulösen Formulierungen? Warum sagen die Unternehmer nicht: Wir wollen mit unseren Spenden erreichen, daß es eine Amnestie gibt, daß unsere Steuerbelastung verringert wird, daß die paritätische Mitbestimmung verhindert wird?

WEISS: Ich sehe keine nebulöse Verschleierung. Man muß zwei Dinge aus-

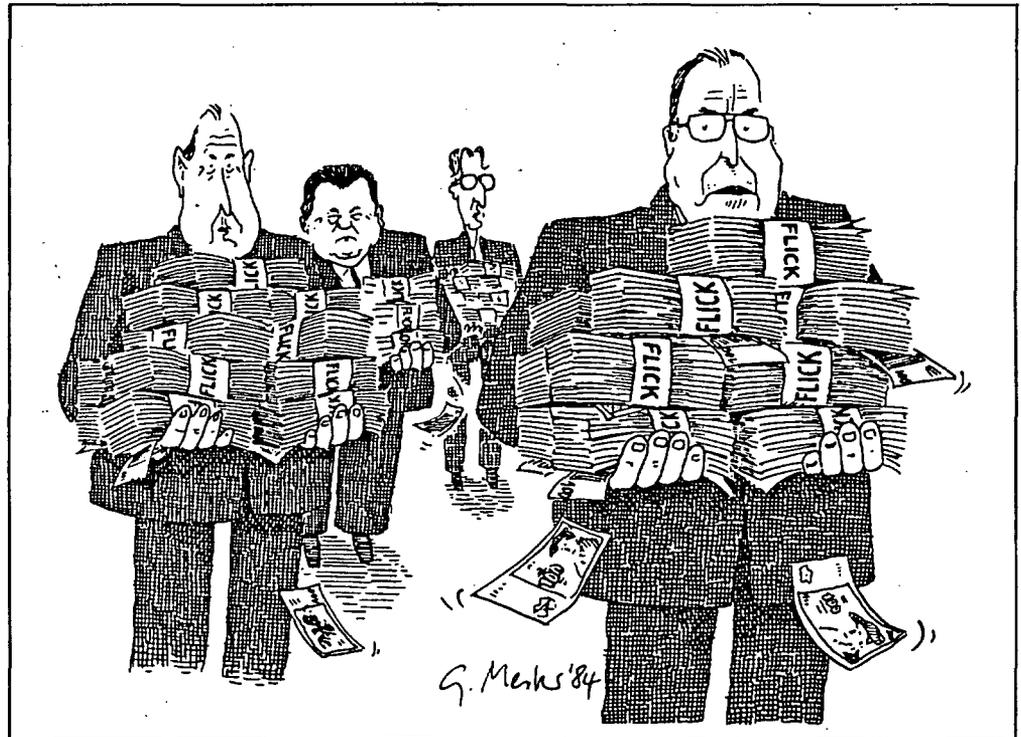
einanderhalten: Auf der einen Seite sind die Unternehmer aufgerufen gewesen, an Parteien zu spenden, weil die Parteien davon abhängig sind. Das ist im Sinne unseres freiheitlich-demokratischen Systems und unserer sozialen Marktwirtschaft.

Die andere Seite ist, daß die Industrie Forderungen an die Politik hat. Diese Forderungen werden ja auch völlig unverblümt formuliert, meistens durch die Verbände. Es steht ja jeden Tag klar in der Zeitung, was der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im politischen Bereich für richtig halten, ebenso wie die Forderungen der Gewerkschaften.

SPIEGEL: Obwohl auch da die Gefahr besteht, daß Interessen einseitig durchgesetzt werden.

WEISS: Es geht um mehr Sachkenntnis, mir ist ein SPD-Betriebsrat, der bei uns im Wirtschaftsausschuß war und etwas von Investitionen versteht, im Kommunalparlament lieber als ein CDU-Pädagoge, der zwar Mitglied meiner Partei ist, aber von Wirtschaft noch nie etwas gehört hat.

SPIEGEL: Freistellen von Mitarbeitern, denen das Gehalt weitergezahlt wird, das ist die eine Seite. Einstellen von Politikern gegen Gehalt die andere. Bundeskanzler Helmut Kohl wurde in den sechziger Jahren – das war in der Zeit nach seinem Studium, bis er 1969



„Der Spender hat uns in politischen Entscheidungen völlig freie Hand gelassen“

SPIEGEL: Seit einigen Jahren ist es üblich, daß große Firmen – etwa Siemens, BASF, Hoechst, BP und Shell – Mitarbeiter für die politische Tätigkeit in Parlamenten auf Geschäftskosten freistellen.

WEISS: Das ist ein guter Weg. Wir ermuntern unsere Angestellten auch, sich in der Politik zu engagieren. Jahrelang war ein Direktor von uns Bürgermeister in einem Ort im Siegerland, wo sich unsere Fabrik befindet. Gerade auf kommunaler Ebene sitzen zu wenig Leute mit wirtschaftlichem Sachverstand in den Parlamenten.

Es ist oft so, daß ein liebenswerter Junglehrer darüber mitentscheidet, ob die Gemeinde in eine Kanalisation oder in ein Klärwerk zehn Millionen Mark investieren soll. Hier werden die Ressourcen oft nicht sehr wirtschaftlich verwendet.

Ministerpräsident wurde – vom rheinland-pfälzischen Chemieverband bezahlt. Er soll selten im Büro gewesen sein. Oder nehmen Sie den Fall Rainer Barzel. Der ehemalige Parlamentspräsident wurde auf dem Umweg über eine Anwaltskanzlei in Frankfurt mit Flick-Geld finanziert.

WEISS: Zum ersten Teil: Es kommt darauf an, daß wir für alle Bürger Chancengleichheit haben, in die Politik zu gehen. Die haben wir aber nicht. Zur Zeit sind die Angehörigen des öffentlichen Dienstes bevorzugt, weil sie karriere- und einkommensmäßig keinerlei Risiken eingehen. Angestellte der freien Wirtschaft sind hier benachteiligt. Um diese Chancengleichheit herzustellen, um auch eine repräsentative Vertretung der Bevölkerung in den Parlamenten zu haben, ist es meines Erachtens notwendig, daß die Firmen ihre Angestellten ermun-

tern, sich politisch zu betätigen. Sie sollten ihnen auch in bezug auf Karriere und Einkommen behilflich sein.

SPIEGEL: Ohne Ansehen der Partei?

WEISS: Das gilt generell für alle Parteien. Siemens ist da ein großes Vorbild. Die haben das sehr früh gemacht. Da wird nicht gefragt, ob jemand in der SPD oder in der CDU ist.

SPIEGEL: Oder bei den Grünen?

WEISS: Das weiß ich nicht. Es geht ja nicht nur darum, daß Angestellte völlig freigestellt werden, damit sie Berufspolitiker werden können. Es geht darum, daß zum Beispiel im Hinblick auf die Betätigung in der Kommunalpolitik toleriert wird, wenn jemand einen halben Tag zur Gemeinderatssitzung weg ist. Normalerweise wird der Beruf ja nicht völlig aufgegeben.

SPIEGEL: Und Teil zwei?

WEISS: Die Grenzen liegen da, wo das Haupteinkommen verschleiert wird,

„Die Unternehmen haben im guten Glauben gespendet“

während man politisch tätig ist. Ein exponiert in der Politik Tätiger, der sein Haupteinkommen aus einer unbekanntenen Quelle bezieht, ist fragwürdig.

SPIEGEL: Gilt das für den Fall Barzel?

WEISS: Das können Sie kombinieren, wie Sie wollen, losgelöst von Personen.

SPIEGEL: Gilt das auch für Kohl? Für die Zeit, in der er vom Chemieverband bezahlt wurde, findet sich im Bundestagshandbuch nur die Eintragung „Kaufmännischer Angestellter in einem Wirtschaftsverband“.

WEISS: Das liegt sehr lange zurück. Und zum anderen weiß nun wirklich jeder, welcher Wirtschaftsverband das war.

SPIEGEL: Die Spendenpraxis hat die Unternehmer moralisch und tatsächlich – siehe das Urteil gegen den Kölner Pharma-Fabrikanten Madaus – auf die Anklagebank gebracht. Ziehen sich die Unternehmer jetzt verärgert aus der Politik zurück?

WEISS: Nicht die Tatsache, daß gespendet wurde, hat Herrn Madaus auf die Anklagebank gebracht, sondern die Tatsache, daß umstritten war, wie die Spende geleistet wurde. Es ging um die steuerliche Abzugsfähigkeit. Ich sehe in der Tat ein Problem darin, daß die Politik da den Spendern nicht helfen konnte.

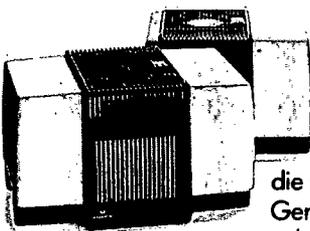
SPIEGEL: Mit der Amnestie?

WEISS: Unternehmer haben über Jahre hinweg im guten Glauben und von den Finanzbehörden unbeanstaltet zum Beispiel über die Staatsbürgerliche Vereinigung gespendet. Daß das jetzt plötzlich kriminalisiert werden soll, führt zu einer riesigen Verärgerung. Und da sehe ich die Gefahr, daß sich viele Unterneh-

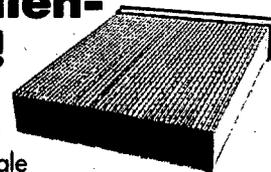
Trockene Heizungs- luft macht müde, schlapp, unwohl...



...aufatmen! Die neuen Aquamat- Luftbefeuchter mit Lamellen- Technik sind da!



Die feinstrukturierten Lamellen der Verdunstercassette sorgen für optimale Luftfeuchtigkeit in Ihren Räumen.



Vorbei also mit Erkältungen und Kopfschmerzen, die durch trockene Zentralheizungsluft entstehen können. Genauso wie Risse in wertvollen Holzgegenständen oder welke Zimmerpflanzen.

Aquamat – Luft zum Aufatmen

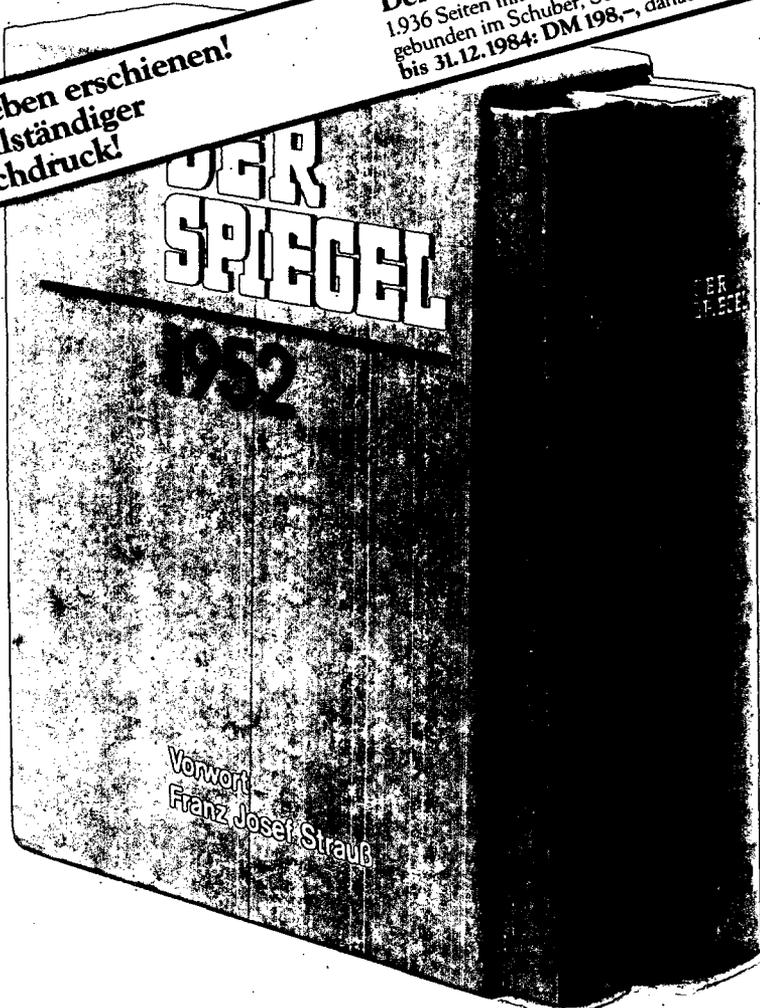


Ein unverzichtbares Dokument...

... der turbulenten und richtungsweisenden Nachkriegsjahre – Politik, Wirtschaft, Kultur von 1947 bis 1952. Die SPIEGEL-Reprints haben sich als unentbehrliche Geschichtsbücher durchgesetzt. Ihr Wert und Reichtum liegt darin, daß uns die wichtigen Ereignisse in lebendigen, zeitnahen Bildern, Analysen und Berichten vergegenwärtigt werden.

Der SPIEGEL 6. Jahrgang
1.936 Seiten mit einem Personen- und Sachregister, gebunden im Schuber. **Subskriptionspreis bis 31.12.1984: DM 198,-, danach DM 218,-**

Soeben erschienen!
Vollständiger Nachdruck!



mer für eine Weile von der Politik zurückziehen könnten. Das gilt nicht nur für die finanzielle Unterstützung, sondern ganz generell. Das ist einer der Gründe, warum ich es gerade jetzt für wichtig halte, sich zum Beispiel im Wirtschaftsrat zu engagieren.

SPIEGEL: Nachträgliche Kriminalisierung? Seit dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts vom Jahre 1958 ist eindeutig klar, daß Spenden an Parteien steuerlich nur begrenzt abzugsfähig sind. Jeder muß doch gewußt haben, daß er einen krummen Weg geht, wenn er über die Staatsbürgerliche Vereinigung spendet.

WEISS: Nein. Das muß ich abstreiten. Meine Firma hat auch an die Staatsbürgerliche Vereinigung gegeben. Da war überhaupt kein Unrechtsbewußtsein dabei. Die Staatsbürgerliche Vereinigung

„Jeder muß für Fehler geradestehen“

ist eine Gründung der Industrieverbände. Das waren prominente Leute, die diese Vereinigung gegründet haben. Ein Spender mußte schon mal davon ausgehen, daß das keine anrühige Organisation ist . . .

SPIEGEL: . . . von Brauchitsch ist auch ein angesehenere Mann gewesen.

WEISS: Die Unternehmer, die dort hin spendeten, mußten nicht den Eindruck haben, daß sie an eine unsolide Organisation spenden. Zweitens war allen klar, daß diese Staatsbürgerliche Vereinigung auf indirekte Art die beiden Bürgerparteien – nicht nur die CDU, sondern auch die FDP – unterstützt hat, auf eine Art, über die im Detail nie groß gesprochen wurde. Aber es war klar, daß sie das tut. Und: Über Jahre haben die Finanzbehörden und Finanzämter die Abzugsfähigkeit nie angezweifelt. Wenn das über mehrere Betriebsprüfungsperioden hinweg geschieht, muß wirklich kein Unternehmer davon ausgehen, daß er Unrechtes getan hat.

SPIEGEL: Weil die Finanzämter nicht den Weg des Geldes gekannt haben, den die Unternehmer kannten.

WEISS: Ich für meine Person muß eindeutig sagen: Ich wußte es nicht.

SPIEGEL: Sie hätten es aber wissen können. Vielleicht wollten Sie gar nicht?

WEISS: Es ist klar, daß jeder für objektiv begangene Fehler, auch wenn man sie durch Nichtwissen macht, geradestehen muß. Das könnte beispielsweise durch eine Steuernachzahlung geschehen. Aber eine allgemeine Kriminalisierung, wie wir sie jetzt erleben, halte ich für völlig unangemessen. Bis heute noch fehlt zum Beispiel eine Klarstellung durch den Bundesfinanzhof – und da führt man schon Strafprozesse!

SPIEGEL: Herr Weiss, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Bestell-Coupon

- auf Rechnung (mit üblichen Spesen)
- Scheck anbei (Lieferung spesenfrei)
- Der Spiegel 6. Jahrgang 1952, 1936 Seiten Subskriptionspreis bis 31.12.1984 DM 198,-, danach DM 218,-**
- Der Spiegel 5. Jahrgang 1951, 2064 Seiten DM 218,-
- Der Spiegel 4. Jahrgang 1950, 2356 Seiten DM 218,-
- Der Spiegel 3. Jahrgang 1949, 1932 Seiten DM 196,-
- Der Spiegel 2. Jahrgang 1948, 1640 Seiten DM 158,-
- Der Spiegel 1. Jahrgang 1947, 1466 Seiten DM 128,-
- Alle sechs Jahrgänge zusammen zum Komplett- preis von nur DM 996,-. Sie sparen DM 140,-.**

Hiermit bestelle(n) ich (wir) zur Lieferung an die untenstehende Adresse bei

Mail Order Kaiser GmbH
Postfach 401209 · 8000 München 40

Name _____ Beruf _____

Straße _____

PLZ/Orr _____

Geb.-Datum _____ Telefon _____

Datum _____ Unterschrift